

Zur Geschichte der Juden in Laupheim

Von Wolfgang Eckert, Biberach

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brennt die Laupheimer Synagoge: Hier wie überall im damaligen „Deutschen Reich“ inszenieren die Nationalsozialisten ihre zynisch sogenannte „Reichskristallnacht“. Mit dem Novemberpogrom des Jahres 1938 wird der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung erreicht, an deren Anfang die „Machtergreifung“ vom Januar 1933, an deren Ende die Vernichtung der im Land verbliebenen jüdischen Bürger in den Jahren 1941 und 1942 steht.

Unser Bericht zeichnet diesen Abschnitt der deutschen Geschichte am Beispiel der jüdischen Gemeinde von Laupheim nach. Wir stützen uns dabei unter anderem auf das soeben erschienene „Tagebuch der Hertha Nathorff“, die darin auch ihre Besuche im Laupheimer Elternhaus von 1933 bis zur Emigration 1939 festgehalten hat. Hertha Nathorff, eine Verwandte des Physikers Albert Einstein, wurde 1895 in Laupheim geboren, ihre Eltern und zahlreiche Verwandte lebten hier. Daneben verwenden wir Berichte über diese Zeit sowie Dokumente aus den Jahren 1933 bis 1942.

Nach der „Machtergreifung“ vom 30. Januar 1933 vollzieht sich die „Gleichschaltung“ in Deutschland in atemberaubendem Tempo. Zwar finden am 5. März 1933 nochmals „freie“ Wahlen statt, bei denen der Wähler zwischen mehreren Alternativen sich entscheiden kann, doch ändert der Wahlausgang an den Machtverhältnissen im Land nichts mehr. Im Oberamt Laupheim werden dazu 15404 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die NSDAP 36,0 Prozent, die SPD erreicht 3,6 Prozent, die KPD 1,2 Prozent und die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ 1,9 Prozent. Stärkste Partei bleibt das Zentrum mit 54,1 Prozent. In der Stadt Laupheim werden 3638 gültige Stimmen gezählt. Die Ergebnisse unterscheiden sich nur unwesentlich von denen des gesamten Oberamtes: Die NSDAP kommt hier auf 34,4 Prozent, die SPD auf 7,9 Prozent, die KPD auf 1,8 Prozent, die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ auf 2,6 Prozent und das Zentrum auf 49,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Vier Monate später ist die parteipolitische Landschaft „bereinigt“: Schon in den ersten Monaten der faschistischen Diktatur werden die politischen Parteien – abgesehen von der NSDAP – verboten oder lösen sich selbst auf. Die Haltung der sogenannten „bürgerlichen Kräfte“ läßt auf eine hohe Anpassungsbereitschaft an das neue System schließen. Am 1. April 1933 findet im gesamten Land der erste „Judenboykott“ statt: Uniformierte Nazis postieren sich vor den jüdischen Geschäften und hindern potentielle Kunden am Einkauf. Jüdische Ärzte verlieren ihre Stellungen beim Staat ebenso wie die existenzsichernde Kassenzulassung, die Berufsausübung jüdischer Anwälte wird drastisch beschnitten. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 verfügt in diesem Zusammenhang: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand... zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen“. Ausgenommen davon bleiben zunächst nur aktive Teilnehmer des Ersten Weltkriegs.

Anfang 1933 gibt es in Laupheim 240 jüdische Einwohner. Bis 1942 ziehen 73 jüdische Bürger zu, es gibt noch zwei registrierte Geburten in den jüdischen Familien – ein Beleg dafür, daß die Jüngeren von der in den ersten Jahren des Dritten Reiches bestehenden Möglichkeit der Emigration fast ausnahmslos Gebrauch machen. Nur die Alten verbleiben letztlich im Land, weil sie keine Chance für einen Neuanfang im Ausland sehen. Von diesen insgesamt 315 Menschen sterben in Laupheim 60, 57 ziehen nach 1933 wieder weg, 126 können auswandern. 64 werden aus Laupheim deportiert, 8 Schicksale sind ungeklärt. Doch dazu später.

Am 5. Juli 1933 erhalten die Mitglieder der Zentrumsparterie, die in Oberschwaben besonders stark ist, einen Brief ihrer „Reichsleitung“. Darin heißt es: „Die politische Umwälzung hat das deutsche Staatsleben auf eine völlig neue Grundlage gestellt, die für eine bis vor kurzem mögliche parteipolitische Betätigung keinen Raum mehr läßt. Die Deutsche Zentrumsparterie löst sich daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Hitler mit sofortiger Wirkung auf. Mit dieser Auflösung gibt sie ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrung der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen.“

Nur 14 Tage später feiert das „Dritte Reich“ seinen ersten außenpolitischen Triumph: Das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland hält den Vatikan nicht davon ab, „mit Hitler ein Konkordat zu schließen und das NS-Regime dadurch international aufzuwerten. Der Mann, der das zustande brachte, hieß Eugenio Pacelli, einstmaliger Päpstlicher Nuntius in Berlin (1920–1929) und später (1939–1959) Papst Pius XII. ...“ Zahlreiche Katholiken stellen daraufhin ihre Vorbehalte gegen das NS-Regime zurück und arrangieren sich. Auf diese Konsequenzen verweist der Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. jur. Hans-Joachim Becker. In seinem Gutachten „Zur Rechtsproblematik des Reichskonkordats“ kommt er zu dem Schluß: „Manche deutschen Katholiken empfanden das Reichskonkordat als eine Absage des Heiligen Stuhles an den Gedanken des politischen Katholizismus (...), andere ... glaubten, im Reichskonkordat das Zeichen für die Beendigung der nationalsozialistischen Revolution und den Willen der nationalsozialistischen Staatsführung zur Rückkehr in die Bahnen des Rechtsstaats erblicken zu können.“ Die deutschen Bischöfe leisten ab sofort bei Amtsübernahme „in die Hand des Reichsstatthalters ... einen Treueid nach folgender Formel: „Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande ... Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsgemäß gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen ...“ In Artikel 30 des Reichskonkordats heißt es: „An den Sonntagen und den gebotenen Feiertagen wird in den Bischofskirchen sowie in den Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen des Deutschen Reiches im Anschluß an den Hauptgot-



Die brennende Laupheimer Synagoge am Morgen des 10. November 1938.

Fotos: Kreisbildstelle Biberach

tesdienst, entsprechend den Vorschriften der kirchlichen Liturgie, ein Gebet für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes eingelegt.“ Artikel 32 bestimmt: „Auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse ... erläßt der Heilige Stuhl Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen.“

Der damalige Reichstagsabgeordnete des Zentrums (Wahlkreis Biberach/Ravensburg/Wangen), der Leiter der „Vereinigten Käsereien des württembergischen Allgäus“ Oskar Farny, stimmt denn auch mit seiner Partei für das „Ermächtigungsgesetz“, mit dem die bürgerlichen Freiheiten im Deutschen Reich beseitigt werden, er schließt sich nach 1933 der NSDAP-Reichstagsfraktion als Hospitant an.

Hertha Nathorff notiert am 30. August 1933 in ihr Tagebuch: „...wie verändert (ist) die Situation in meiner kleinen Heimatstadt, wo einer den anderen kennt. Über 200 Jahre lebt meine Familie nun in der kleinen Stadt, angesehen, geehrt, und nun... Der alte Vater sagte mir so nebenbei, daß er nicht mehr zu seinem Stammtisch gehe, Mutter regt sich auf, daß der und jener nicht mehr richtig zu grüßen wagt. Die Freundin meiner Schwester, Frau eines Rechtsanwalts, sie kommt nur noch am Abend nach Eintritt der Dunkelheit, so daß meine Schwester ihr nahelegte, am besten überhaupt nicht mehr zu kommen.“

Schon in diesem ersten Jahr der NS-Herrschaft emigrieren jüdische Bürger aus ihrer Heimatstadt ins Ausland. Unter ihnen ist die Leichtathletin Mar-

gret Bergmann. Sie verläßt Laupheim im Oktober 1933 zusammen mit ihren Eltern und zieht nach London. Am dortigen Polytechnikum studiert sie Sport. Zur Olympiade 1936 soll Gretel Bergmann im deutschen Olympia-Kader starten, ist sie doch aufgrund ihrer Leistungen aussichtsreiche Medallenanwärterin. Kurz vor dem Beginn der Olympischen Spiele 1936 wird sie wieder aus der deutschen Mannschaft ausgeschlossen – aus naheliegenden Gründen: Der Erfolg der jüdischen Sportlerin hätte nicht in die antisemitische Propaganda-Strategie der Nazis gepaßt.

Doch zurück zu Hertha Nathorff. Am 20. August 1934 vermerkt sie in ihrem Tagebuch: „Ich war in der alten Heimat zur Hochzeit meiner jüngsten Schwester, wo sie Steine an die Fenster unseres Hauses geworfen und unser Fest gestört haben, wo Kinder auf der Straße meinem in Ehren ergrauten Vater unflätige Schimpfworte nachgerufen und die Zunge herausgestreckt haben, wo alte Freunde auf die andere Seite sehen, um uns nicht grüßen zu müssen.“

Im September 1935 verschlechtert sich die Lage der deutschen Juden weiter: Mit dem Erlaß der „Nürnberger Gesetze“ wird die Rassendiskriminierung „legalisiert“. Ein „Arierparagraph“ für nahezu alle Berufsgruppen schließt die jüdischen Bürger von den meisten Berufen aus, sie werden nun – sofern das nicht schon früher geschehen war – sämtlich aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Eine Anordnung des Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 10. September 1935 isoliert bereits jüdische Kinder vom Unterricht an „deutschen“ Schu-

len: „Kinder jüdischer Abstammung bilden für die Einheitlichkeit der Klassengemeinschaft und die ungestörte Durchführung der nationalsozialistischen Jugenderziehung auf den allgemeinen öffentlichen Schulen ein starkes Hindernis. (...) Ich beabsichtige daher vom Schuljahr 1936 ab für die reichsangehörigen Schüler aller Schularten eine möglichst vollständige Rassentrennung durchzuführen.“ Doch bereits vor dieser offiziellen Ausgrenzung jüdischer Schüler müssen sie die Erfahrung ihrer „Andersartigkeit“ machen. So erlebt Siegfried Einstein, der 1919 geborene Sohn des Textilkaufmanns Max Daniel Einstein, schon 1933 eine „Demonstration“ seines damaligen Mathematiklehrers am Laupheimer Progymnasium: Er wird vor die Klasse geholt, im Profil vor die Tafel gestellt, dann deduziert der „Pädagoge“ aus seiner Schädelform die Dekadenz der jüdischen und die Überlegenheit der arischen Rasse und setzt den Jungen damit dem Gelächter und Gespött der Mitschüler aus. In der Pause wird Siegfried Einstein von Klassen-„Kameraden“ mit Steinen beworfen und bleibt schwer verletzt auf dem Hof liegen. Nach dem zweiten „Judenboykott“ vom 1. April 1934, bei dem die Schaufensterscheiben des elterlichen Textilhauses eingeworfen werden, schickt die Familie den jungen Siegfried Einstein in ein Schweizer Internat.

Bereits die Maßnahmen des Jahres 1935 empfinden manche jüdische Bürger der Stadt Laupheim als unerträglich. Auf dem Laupheimer Judenfriedhof finden wir das Grab von Jakob Adler, geboren am 28. Mai 1873. Am 19. Dezember 1935 begeht der Bruder des berühmten Jugendstil Künstlers Friedrich Adler Selbstmord, „aus Gram über die Judenverfolgung in Deutschland“. Friedrich Adler, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannter Professor an der Landeskunstschule in Hamburg (bis 1933), wird am 11. Juli 1942 nach Auschwitz verschleppt, sein Todesdatum ist unbekannt.

Wer in dieser Zeit eine entschiedene Stellungnahme der Kirchen gegen die Ausgrenzung und Entrechtung der deutschen Juden erwartet, der sieht sich enttäuscht: Weite Teile des deutschen Protestantismus unterstützen als „Deutsche Christen“ den NS-Kurs, und auch der Katholizismus sieht keine Notwendigkeit, die Katholiken Hitler oder Goebbels (beide übrigens bis heute nicht exkommuniziert) zu einem anderen Umgang mit der jüdischen Minderheit zu bewegen. Im Gegenteil: Namhafte Repräsentanten der katholischen Kirche signalisieren Zustimmung zur deutschen Innenpolitik. Ein Beispiel dafür ist Professor Alois Hudal, Bischof der katholischen Gemeinde in Rom und Rektor der traditionsreichen „Stiftung anima“. In einem Aufsatz des Jahres 1937 führt er aus, es bestehe „kein Grund für Katholiken, die sich in der Liebe und Treue zu Staat und Nation von niemandem übertreffen lassen, um nicht auch treue, vorbehaltlose Anhänger dieser Bewegung zu sein. (...) Die materialistisch eingestellten Juden werden sich damit abfinden müssen, daß sie nur mehr rassistisch-biologisch beurteilt werden und auch innerhalb unseres deutschen Volkes nicht mehr gleichwertig und gleichberechtigt sein können, denn nur die Annahme einer Seele und der Glaube an eine Übernatur kann vor Überspitzungen bewahren.“ Derartige Auffassungen reißen sich bruchlos ein in die fast zweitausendjährige Geschichte des christlichen Antisemitismus, die Auswirkungen auf die Haltung zahlreicher Katholiken gegenüber dem nationalsozialistischen Staat und seine rassistischen

Maßnahmen gegenüber den deutschen und später europäischen Juden sind zum Teil bis heute erkennbar.

1937 läuft die „Arisierung“ der Wirtschaft an, die Übereignung jüdischer Betriebe an „Arier“. Ab 1. Januar 1939 ist den Juden dann endgültig der „Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften, Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt“, können sie „nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 sein“, ebenfalls „nicht Mitglied einer Genossenschaft“.

Doch gehen wir nochmals zurück ins Jahr 1936. Die „Außenhauptstelle Ulm des Württembergischen Politischen Landespolizeiamtes“ verfügt am 6. Februar 1936: „Es herrscht immer noch die Unsitte, daß jüdische Viehhändler deutsche Bauern beim Viehhandel, namentlich aber auf Viehmärkten mit ‚Du‘ anreden. Im Ansehen der deutschen Bauernschaft sehe ich mich gezwungen, diese Unsitte zu untersagen und ich werde jeden jüdischen Viehhändler, der einen deutschen Bauern, Bäuerin oder deren erwachsene Kinder mit ‚Du‘ anredet, wegen groben Unfugs in Strafe nehmen.“

Die dramatische Klimaverschlechterung registriert auch Hertha Nathorff. „Ostern 1937: Wieder im Elternhaus. Es war furchtbar in der kleinen Stadt, ein richtiges Spießbrutenlaufen. Ins Geschäft trauen sich die arischen Käufer nicht mehr, sie benutzen abends den Privateingang. Vater zeigt auf die eingeschlagenen Kellerfenster, den demolierten Gartenzaun: ‚Ich lasse es nicht reparieren‘, sagt er. ‚Sie sollen es sehen, so oft sie vorbeigehen und sich schämen.‘ Die und sich schämen!“ Ein Jahr später, am 24. April 1938, schreibt sie nach einem weiteren Besuch in Laupheim: „Viele jüdische Geschäfte sind verkauft, die Inhaber ausgewandert. (...) Vater sagt, er will die Firma nicht verkaufen. Der Name – er soll mit uns untergehen.“

Nach einem Erlaß von „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ Heinrich Himmler vom 16. November 1937 wird die Ausstellung von Reisepässen für Juden verboten, ihre Reisedokumente werden daraufhin eingezogen, neue Papiere bekommt nur, wer emigriert und ein Aufnahme-land nachweisen kann. Dazu kommt, daß ab dem 19. September 1938 die deutschen Juden durch einen „J-Stempel“ im Reisepaß kenntlich gemacht werden. Diese Maßnahme wird übrigens auf den Druck durch die Schweiz hin getroffen, die droht, einen „Visumzwang“ für alle Deutschen einzuführen, wenn „nicht Mittel und Wege gefunden würden, unerwünschte Emigranten schon an der Grenze erkennen und abweisen zu können.“ So werden die Lebens- und Existenzmöglichkeiten der deutschen Juden, aber auch ihre Möglichkeiten zur Emigration immer weiter eingeschränkt.

Nach dem Attentat eines polnischen Juden (Herschel Grynszpan) auf den deutschen Botschaftsangehörigen vom Rath in Paris beschließen die Nazis die Durchführung der im Prinzip schon vorher geplanten „Reichskristallnacht“. Wie in jedem Jahr seit dem „Hitlerputsch“ vom 9. November 1923 haben sich die Nazi-Größen im „Braunen Haus“ in München versammelt, um ihrer „Martyrer“ zu gedenken, als die Nachricht vom Tod des am 7. November angeschossenen Ernst vom Rath aus Paris eintrifft: Signal für die Auslösung des Judenpogroms vom 9./10. November 1938. Heinrich Müller, Chef der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo), teilt

den „Stapo-Leitstellen“ in einem als „geheim“ deklarierten Fernschreiben mit:

„1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige Ausschreitungen unterbunden werden können.

2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dies durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.

3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20000 bis 30000 Juden im Reich. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch in dieser Nacht.

4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktion durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen...“ Die Aktionen gegen die Laupheimer jüdische Gemeinde werden von Ulmer SA-Angehörigen in Gang gesetzt. Einige Laupheimer Bürger – nach Akten eines nach 1945 durchgeführten Prozesses gegen Verantwortliche der Laupheimer „Reichskristallnacht“ sind es 16 Männer – beteiligten sich dadurch, daß sie brennbares Material in die Synagoge bringen und die für die Verschleppung nach Dachau ausgewählten männlichen Juden aus den Betten holen und vor die Synagoge treiben. Waltraud Kohl berichtet über die Nacht vom 9. auf den 10. November: Damals geht „auch die Laupheimer Synagoge der jüdischen Gemeinde in Flammen auf. Eine ansehnliche Menschenmenge hatte sich vor ihr gesammelt. Die Feuerwehr, die eingreifen wollte, durfte lediglich die umliegenden Häuser löschen, auf die der Brand übergegriffen hatte. Ungefähr 50 Juden, die man aus dem Schlaf gerissen hatte, trieb man vor die Synagoge, um den Brand mit eigenen Augen ansehen zu müssen. Danach wurden sie in die ‚Schranne‘ abgeführt, wo sie auf Befehl im Kreis herummarschieren mußten. Später, im Lauf des Vormittags, notierte sich der damalige Bürgermeister ihre Vermögensangaben. Nächste Station war das Gerichtsgefängnis, von wo aus sie ins Konzentrationslager Dachau transportiert wurden, aus dem wiederum der größte Teil nach zwei oder drei Wochen entlassen worden sein soll.“

In dem vom Gauleiter Wilhelm Murr (der sich nach dem Ende des Dritten Reiches im Mai 1945 auf dem „Bödele“ in Vorarlberg erschossen hat, um der Verhaftung und Aburteilung als Kriegsverbrecher zu entgehen) herausgegebenen NS-Kurier – Nationalsozialistische Tageszeitung für Württemberg und Hohenzollern vom 10. November 1938 liest sich das folgendermaßen: „Gerechter Volkzorn übt Vergeltung – In Stuttgart und im ganzen Gau Demonstrationen gegen die Juden – Die Synagogen wurden niedergebrannt – Zertrümmerte Schaufenster bei den jüdischen Geschäften – Aktion in tadelloser Disziplin.“

Als in Stuttgart und im Gau Württemberg die Kunde eintraf, daß der Gesandtschaftsrat von Rath in Paris seinen Verletzungen erlegen ist, fanden in allen größeren Orten unseres Gaues erregte Protestkundgebungen gegen die Juden statt. Gegen drei Uhr nachts standen die beiden großen Synagogen in Stuttgart und Bad Cannstatt in hellen Flam-

men, die bis zum Anbruch des Tages vollständig aus- und niedergebrannt waren.

Durch die tadellose Zusammenarbeit aller Stellen, vor allem der Feuerwehr, wurde verhindert, daß außer den Synagogen weitere Werte vernichtet wurden. Aus Ulm, Heilbronn, Göppingen, Tübingen, Schwäb. Hall, Laupheim, Horb, Rexingen und Haigerloch traf die Nachricht ein, daß sämtliche dort befindlichen Synagogen gestern nacht niedergebrannt sind. Das in den Synagogen befindliche Aktenmaterial wurde von der Gestapo sichergestellt. Eine ganze Anzahl von Juden, schätzungsweise über hundert, sind in der letzten Nacht in Schutzhaft genommen worden. Den Juden ist weiter nichts passiert.

Die oben angegebenen Städte im Gau melden weiter, daß sämtliche jüdische Läden von der erregten Menge bei der spontanen Kundgebung zertrümmert und heute vormittag geschlossen wurden.

Die heute früh an die Arbeitsstätten eilenden Volksgenossen gaben an den Brandstätten und demolierten Geschäften ihrer Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß die ruchlos jüdische Mordtat in Paris an einem deutschen Volksgenossen auf diese Art gesühnt wurde. Die Menschen ... haben mit der jüdischen Pest nicht das geringste Mitleid. Mit Abscheu reden die Volksgenossen von dem jüdischen Pack, das in der heutigen Nacht einen empfindlichen Schlag versetzt bekam...“

Über die Erfahrungen der damals nach Dachau verschleppten jüdischen Menschen liegen Erfahrungsberichte vor. Heinrich Rosenrauch erinnert sich: „Unsere Ankunft in Dachau war fürchterlich. Wir standen den ganzen Nachmittag bis spät in die Nacht. Dann trieb man uns in eine Baracke. Da hatten normalerweise vielleicht 200 Menschen Platz, aber wir waren 800. Und zwar saßen wir da folgendermaßen: Wir mußten uns hinsetzen, die Beine auseinander, und der Nächste mußte sich da hineinsetzen. Und so saßen wir. Wenn jemand auf die Toilette gehen wollte, war das kaum möglich. So saßen wir die ganze Nacht. Am nächsten Morgen bekamen wir die Sträflingsuniform.“

Ich bekam – im November 38! – ein Paar Socken, eine Hose, eine Baumwolljacke und ein Paar feste Schuhe. Die waren noch das Beste. Bevor wir das erhielten, wurden wir in eine Halle geführt und mit einem Schlauch abgespritzt. Erst ganz heiß und dann ganz kalt. Mir hat das nichts ausgemacht, aber ich sah Menschen, die kamen aus Wien, die waren total zusammengeschlagen worden, und ich sah, wie der SS-Mann in diese Wunden hineinspritzte, um diese Männer noch mehr zu quälen. Und dann bekamen wir diese ‚wunderbare‘ Kleidung und wurden einer Baracke zugeteilt.“

Ernst Michel schildert einen Tagesablauf im Konzentrationslager Dachau: „Wenn wir Glück hatten, begann der Tag erst um fünf Uhr morgens. Wenn wir aber Pech hatten, konnte er schon nachts um zwölf oder um ein Uhr beginnen. Dann wurden wir aus den Baracken gejagt, auf die Lagerstraße, wurden um die Blocks gehetzt, mußten Kniebeugen machen, bei Wind und Wetter. Nach einer Stunde mußten wir wieder antreten, dann hat man uns eine Weile stehen lassen, und anschließend wurden wir wieder für zwei Stunden in die Baracken gelassen, um uns morgens wieder aufzujagen. Dann gab es Kaffee, danach kam der Appell. Der konnte eine Viertelstunde dauern, er konnte aber auch drei Stunden lang dauern. Anschließend mußten wir

Sport treiben – Arbeit gab es ja für uns keine, auf Außenkommandos waren wir nicht. Und so hat man uns über den Hof gejagt. Wir mußten Dauerlauf und Kniebeugen machen, alles mögliche, was den Herrschaften gerade eingefallen ist. Und wenn sie gar nichts anderes wußten, dann haben sie uns eben mal eine Stunde strammstehen lassen. Mittags gab es etwas zu essen; jeweils zwei Leute bekamen eine Terrine Suppe. Abends war wieder Appell. Da war wieder dasselbe: Da konnte man, wenn man Glück hatte, eine halbe oder eine dreiviertel Stunde stehen, und wenn man Pech hatte, konnte man wieder drei Stunden stehen. Am schlimmsten war es, wenn jemand ausgerissen war. Bis der gefunden wurde, mußten wir stehen.“

Es verwundert nicht, wenn man vor diesem Hintergrund erfährt, daß es Anfang 1939 nochmals eine große Auswanderungswelle aus Deutschland gegeben hat, daß zahlreiche jüdische Geschäftsinhaber nach diesen Erfahrungen bereit sind, ihre Betriebe in einem „ordentlichen“ notariellen Kaufvertrag an „arische“ Interessenten abzugeben, selbst wenn diese nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes bezahlen.

Besonders infam ist die folgende Maßnahme: Die Schäden der „Reichskristallnacht“ müssen die deutschen Juden selbst bezahlen, die Nazis erpresen von ihnen die für damalige Zeiten phantastische „Sühneabgabe“ von 1,5 Milliarden Reichsmark. In einem „Protokoll des Bürgermeisters der Stadt Laupheim vom 25. November 1938“ heißt es in diesem Zusammenhang:

„Bürgermeisteramt Laupheim. Er erscheinen als Vertreter der Israelitischen Gemeinde Laupheim: 1. Vorsitzender Jonas Weil, Gemeindevorsteher, 2. Otto Heumann, Gemeindevorsteher und geben folgende Erklärung ab: Wir übernehmen freiwillig sämtliche durch den Brand der Synagoge entstandenen Kosten, insbesondere die der Brandbekämpfung, der Sprengung der Synagoge, der Abbruch- und Aufräumarbeiten sowie im Zusammenhang damit sonstige entstandene Schäden (Beschädigung der benachbarten Gebäude u. a.). Wir bitten die Stadtgemeinde, die Aufräumarbeiten zu beenden und das Material nach ihrem Belieben zu verwerten... Wir erklären ausdrücklich, daß wir vorstehende Verpflichtungen vollständig freiwillig und ohne jeden Zwang auf uns genommen haben.“

Nun findet es auch der damalige Landrat von Biberach an der Zeit, seinen „Beitrag“ zur Entrechtung der jüdischen Gemeinde zu leisten. In einer Verfügung an den Krankenhausverwalter in Laupheim vom 21. Dezember 1938 führt er aus: „Wenn auch arische Ärzte die Behandlung von Juden nicht ablehnen dürfen, wenn ein jüdischer Arzt nicht erreichbar ist, so kann daraus eine ebenso uneingeschränkte Pflicht der Kreiskrankenhausesverwaltung zur Aufnahme von Juden in die Kreiskrankenhäuser nicht gefolgert werden. Die Aufnahme ist vielmehr aus mehrfachen Gründen durchaus unerwünscht, insbesondere kann von keinem Juden ein irgendwie begründeter Anspruch auf Aufnahme geltend gemacht werden.“

Zum Jahresende 1938 wechseln die letzten jüdischen Geschäfte in Laupheim den Besitzer. Darunter ist auch der Betrieb von Max Daniel Einstein, seinerzeit das größte Textilkauflhaus zwischen Ulm und dem Bodensee. Im Verlauf der „Reichskristallnacht“ wurden hier die Schaufenster eingeworfen, die Auslagen zerstört. Max Daniel Einstein ist unter den Juden, die am 10. November 1938 nach Dachau

deportiert werden. Nach seiner Rückkehr muß er auf eigene Kosten die Schäden am Geschäft beheben lassen, denn die Leistungen der Glasversicherung kassiert das Dritte Reich. Eröffnen darf er seinen Betrieb nicht mehr: Er muß an den NSDAP-Parteigenossen Hans Schurr verkauft werden. Max Daniel Einstein und seine Frau können 1939 in die Schweiz emigrieren, kommen dort aber fast mittellos an: Vor der Ausreise müssen sie sich an der „Sühneabgabe“ der deutschen Juden beteiligen (20 Prozent des Barvermögens) und die „Reichsfluchtsteuer“ bezahlen (94 Prozent des noch vorhandenen Geldvermögens), um Ausreisepapiere zu erhalten. Hans Schurr eröffnet das Textilkauflhaus zum Winterschlußverkauf im Januar 1939 neu und wirbt mit dem Attribut „jetzt arisch“. 1983 bis Ende 1987 hing an der Fassade des ehemaligen Einstein-Kauflhauses ein großes Transparent „150 Jahre Schurr“ – angesichts der Geschichte dieses Hauses ein kaum verständlicher Mißgriff!

Im Frühjahr 1939 besucht Hertha Nathorff zum letzten Mal Laupheim. Am 10. April notiert sie: „Noch einmal in der alten Heimat. Meine guten Eltern sind so alt geworden. Das Haus, in dem sie lebenslang nun gewohnt haben ... es muß verkauft werden. Juden dürfen keinen Grundbesitz mehr haben. Das Haus ist irgendeinem Parteimitglied zum Einheitswert zugesprochen worden. Auf der Behörde hat man meinem Vater gesagt, wenn er es nicht ‚freiwillig‘ gebe, dann ... – das nennen sie ‚freiwillig‘.“ Vier Tage später eine weitere Eintragung: „Abschied von daheim. Noch einmal war ich auf dem Friedhof an den Gräbern der Ahnen und Freunde. Wenigstens die demolierten Steine sind zum größten Teil wieder aufgerichtet. An die schöne alte Synagoge, die sie ja auch im November niedergebrannt haben, gemahnen nur alte Steine, Schutt und Geröll. Der nahe Park, er atmet erstes Frühlingsahnen, schöne, stille, kleine Heimatstadt, wie habe ich dich geliebt, wie lieb ich dich noch, auch heute und immer, wo mich viele deiner Bewohner verraten haben aus feiger Angst, ich will nicht daran denken ... Was wird aus den alten Eltern, die wir nun einsam und in Gefahr allein zurücklassen müssen?“

Zumindest das Schlimmste bleibt ihnen erspart: Beide sterben 75jährig in kurzem Abstand 1940 und werden auf dem Laupheimer Judenfriedhof beerdigt.

Mit dem Beginn des Kriegsjahrs 1941 werden die Laupheimer Juden aus ihren seitherigen Wohnungen vertrieben, diese anderweitig vergeben. Den jüdischen Mitbürgern weist die Stadt Baracken in der „Wendelinsgrube“ (einer ehemaligen Kiesgrube auf halbem Weg zwischen Laupheim und dem „Westbahnhof“) an. Es gibt keinen Wasser- und erst recht keinen Stromanschluß. Eine Bitte der dort hin verbrachten vorwiegend älteren Menschen um die Einrichtung einer Wasserstelle wird vom Bürgermeisteramt abgelehnt. Die Baracken sind dazuhin nicht isoliert. Man kann sich vorstellen, was das im Winter 1941 bedeutet. Im Zusammenhang mit der „Umsiedlungs“-Aktion kommt es zu schlimmen Ereignissen. Auf dem Laupheimer Judenfriedhof fällt dem Besucher ein dreifacher Grabstein ins Auge. Rudi Schönfeld berichtet über seine Geschichte: Er wurde „zum Gedenken an die drei Schwestern Sally, Jette und Therese Kirschbaum errichtet, die im Februar 1941 an drei aufeinanderfolgenden Tagen starben. Als ... die Laupheimer Juden aus ihren Wohnungen vertrieben wurden,

schlug auch den drei Schwestern, von denen die älteste über 80, die jüngste 79 Jahre alt war, die Stunde. Sie wurden in das ‚Altersheim‘ im Schloß Dellmensingen eingewiesen. Dort wartete kein geruhvoller Lebensabend, sondern der Tod. Um möglichst wenig Aufsehen zu erregen, hatte man 1941 zunächst ältere Bürger aus den Städten entfernt. Die jüngste Schwester Therese starb am 11., die gerade 80 Jahre alt gewordene Jette am 12. und die älteste, Sally, am 13. Februar 1941. Ihnen blieb so wenigstens die lange Leidensfahrt der übrigen 104 Insassen des ‚Altersheims‘ am 4. August 1942 in das Lager Theresienstadt erspart.“

Mit dem 1. September 1941 wird für die deutschen Juden die Verpflichtung wirksam, einen „Judenstern sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen“. Nur wenig später folgt der nächste Schlag. Ab November 1941 werden die noch in Württemberg lebenden jüdischen Bürger in die Konzentrationslager im Osten abtransportiert. Die Staatspolizeistelle Stuttgart teilt den Landräten und Polizeidirektoren dazu am 18. November 1941 mit:

„I. Im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung gehen z. Z. laufend Eisenbahntransporte mit je 1000 Juden ... nach dem Reichskommissariat Ostland, Württemberg und Hohenzollern ist daran zunächst mit einem Transport von 1000 Juden beteiligt. (...)

II. Die in Frage kommenden Juden wurden bereits hier zahlenmäßig und personell erfaßt. (...) Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß auf keinen Fall von der ... vorgesehenen Kopfzahl sowohl nach oben als nach unten abgewichen werden darf. Überzählige Juden werden wieder in ihre früheren Wohnorte zurückgeschickt. Ausfälle (durch Selbstmord usw.) sind unverzüglich mitzuteilen.

III. Der für die Beförderung der Juden vorgesehene Eisenbahnzug fährt fahrplanmäßig am 1. Dezember 1941 zwischen 8 und 9 Uhr von Stuttgart ab.“ Die aus Laupheim dafür vorgesehenen jüdischen Mitbürger werden am 28. November 1941 zunächst in ein Sammellager auf dem Stuttgarter Killesberg gebracht, bevor man sie am 1. Dezember nach dem „Reichskommissariat Ostland“ abtransportiert.

Eine bemerkenswerte Entgleisung leisten sich in diesem Moment die evangelischen Landeskirchen. Statt gegen die planmäßige Vernichtung der jüdischen Mitbürger zu protestieren, beschließen sie: „Eine deutsche Evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu pflegen und zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht. Die unterzeichneten deutschen Evangelischen Kirchen haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben.“

Am 25. März 1942 geht ein zweiter, am 19. August dann der dritte und letzte Transport mit 43 Frauen und Männern aus Laupheim ab in die nationalsozialistischen Vernichtungslager. Die jüdische Gemeinde, aus kleinen Anfängen des Jahres 1724 herangewachsen zur größten in ganz Oberschwaben, hat aufgehört zu existieren. Für 64 Menschen –



Gedenkstein für die Synagoge Judenberg I.

eine Gedenktafel am Laupheimer Judenfriedhof verzeichnet sogar 100 Opfer – endet das Leben in den Vernichtungslagern des Ostens. Stellvertretend für viele hier einige Schicksale aus der Familie von Hertha Nathorff: „Hedwig, Helena, Irma und Julius Einstein wurden am 1. Dezember 1941 nach Riga deportiert. Hedwig war 62 Jahre alt und, ebenso wie Irma (53), vier Tage nach der Ankunft tot, Helena (53) wurde später für tot erklärt, und Julius (54) galt amtlich als ‚verschollen‘. Rosa und Mina Einstein wurden am 22. August 1942 nach Theresienstadt deportiert, die 70jährige Mina stirbt dort am 8. November 1942, die 81jährige Rosa am 26. Dezember 1942. Selma Einstein, 64 Jahre alt, wurde am 26. April 1942 nach Izbica verschleppt, bei ihrem Namen steht wiederum der Vermerk ‚verschollen‘.“

Die „Reichskristallnacht“ jährt sich am 9./10. November zum 50. Mal. Vielleicht ist dieser Jahrestag Anlaß zum Nachdenken auch für diejenigen, die heute wieder eine besondere „Behandlung“ für Angehörige von Minderheiten in diesem Land fordern! Wenn es nicht gelingt, die Lehren aus dem Geschehen der Jahre 1933 bis 1945 zu ziehen, dann kann sich die Geschichte wiederholen.